

Zeitschrift: Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 61 (1982)
Heft: 11

Artikel: Ja zur Klarheit und Realitätssinn
Autor: Engler, Hermann
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-339904>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 30.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Tür, sondern noch viel wichtiger ist, dass unsere in hohem Masse verunsicherten Mitglieder und Wähler endlich wieder wissen, wohin der Weg der Sozialdemokraten führen soll. Aber auch für die Werbung neuer Mitglieder ist eine klare programmatische Grundlage unerlässlich. Aus all diesen Gründen ist dem innerparteilichen Seilziehen um die programmatische Ausrichtung endlich ein Ende zu setzen. Ein neues Programm allein genügt aber nicht. Die sozialdemokratische Politik muss wieder mehr als in letzter Zeit eine klare Linie erhalten. Sie muss wieder glaubwürdig werden.

Das Programm bietet die Grundlage dazu. Die programmatische Orientierungslosigkeit hat in den letzten Jahren dazu geführt, dass man — um bei allen möglichen Bewegungen und Strömungen Sympathien zu ergattern — oft wichtige sozialdemokratische Grundsätze in Frage gestellt hat. Die Bereitschaft zu Konzessionen an dieses und jenes Grüppchen hat sich nicht auszahlt. Vielmehr wurden dadurch unsere Mitglieder und Stammwähler irritiert und verunsichert. Zu oft ist es auch vorgekommen, dass Parlamentsfraktion und Parteiorgane zu wichtigen Fragen unterschiedliche Meinungen hatten.

Darunter hat die Glaubwürdigkeit unserer Partei ernsthaften Schaden genommen.

Wenn es uns gelingt, uns auf der Grundlage des Programm-entwurfes zu mehr Geschlossenheit und zu einer in der Sache zwar durchaus harten, aber gradlinigen und glaubwürdigen Politik zurückzufinden, dann wird es wieder eine Freude sein, als Sozialdemokrat sozialdemokratische Politik vertreten zu dürfen. Ich gehe davon aus, dass diejenigen, die am Parteitag unterliegen, Demokraten genug sind, den Entscheid der Mehrheit zu akzeptieren oder dann die Konsequenzen zu ziehen.

Zur Debatte über den Programmentwurf

Ja zu Klarheit und Realitätssinn

Kommissionsmitglied Hermann Engler zu beiden Papieren

1. Zur Ausgangslage von «Lugano»

Als ich meine Tätigkeit als «Programmwanderprediger» in eher ländlich geprägten Parteisektionen aufnahm, war ich erstaunt, dass sich die Diskussion in der Regel nicht an den Kontrasten zwischen dem Programmentwurf und dem Minderheitspapier, resp. an den dahinter steckenden ideologischen Differenzen, entzündete. Im Vordergrund stand vielmehr meist die skeptische Frage, weshalb es sich die SP ausgerechnet im jetzigen Zeitpunkt leiste, derart viel Zeit und Geist in eine teilweise doch sehr abstrakte Programmdiskussion zu investieren. Angesichts der sich verschlechternden Arbeitsmarkt- und Wirtschaftslage und handfester Anzeichen für zum Teil existenzbedrohende Entwick-

lungen (z.B. Umweltbelastung) gäbe es im Interesse der Arbeitnehmer wichtigeres zu tun, als sich über Prinzipien, wie «Selbstverwaltung» die Köpfe zu zerbrechen, d.h. über etwas, unter dem sich die wenigsten etwas Konkretes vorstellen können.

An den gleichen Versammlungen und von den gleichen Genossinnen und Genossen wurde dann allerdings oft auch beanstandet, dass der Programmentwurf zu umfangreich geraten sei und daher auf die Hälfte gekürzt werden müsse, wobei allerdings die Ausführungen zum Thema XY unbedingt auszubauen und zu vertiefen wären. Auch wurde fast immer die Forderung laut, für die Programmdiskussion (die einige Minuten zuvor als unwichtig bezeichnet worden war) sei den Sektionen wesentlich mehr Zeit

einzuräumen. Dass die Diskussion nicht erst anfangs August 1982 mit dem Versand des Programmentwurfs und des Minderheitspapiers eröffnet wurde, sondern schon im Jahre 1976 (Montreux), und dass dafür zumindest seit Oktober 1981 (Interlaken) substantielle Unterlagen vorliegen, wird meist nicht erkannt.

An der Parteibasis schief die Programmdebatte nach einem kurzen Aufflackern eben jeweils sofort wieder ein. Vor allem in den eher ländlichen Sektionen dürfte sich vor Erscheinen des Programmentwurfs beispielsweise kaum jemand für die Arbeit der Programmkommission und die sich dort abzeichnenden Ergebnisse interessiert haben. Im Aargau ist mir jedenfalls nur eine Sektion bekannt, die dieses Thema in dieser Zeit — bei schlechtem

Versammlungsbesuch — diskutierte.

Die Haltung vieler Sektionen und Parteimitglieder zur Programmfrage mag widersprüchlich erscheinen, sie ist jedoch verständlich. Im Grunde genommen steckt hinter der Forderung nach mehr Diskussionszeit oft nicht das Bedürfnis nach einer vertieften Auseinandersetzung mit dem Programminhalt, sondern das Verlangen, sich vorerst mit hautnaheren Problemen befassen und die Programmdebatte — und vor allem den Entscheid — auf einen späteren, geeigneter erscheinenden Zeitpunkt verschieben zu können. Viele und immer mehr Arbeitnehmer fühlen sich nämlich in einer Partei, die sich ihre Kraft durch ideologische Streitigkeiten zersplittern und rauben lässt, mit ihren Problemen und Sorgen im Stich gelassen.

Als Programmreferent musste ich meine Parteikollegen daher meist zunächst davon überzeugen, dass der Programmdiskussion eben doch — und gerade heute — eine für unsere Partei zentrale Rolle zukommt, und dass der Programmentwurf und das Minderheitspapier keineswegs ungefähr das Gleiche wollen (was viele nach der ersten Lektüre meinen). Ist dies gelungen, so zeigt sich meist sofort, dass die überwiegende Mehrheit mit der Optik des Minderheitspapiers wenig anfangen kann und klar auf dem Boden des Programmentwurfs steht, dem allerdings vorgeworfen wird, er mache den Utopisten zu viele Konzessionen.

Ich hoffe, dass die vielen Landsektionen in Lugano ihrem Anteil an der Mitgliederbasis entsprechend vertreten sein werden und sich dort das ihnen gebührende Gehör und Gewicht verschaffen können. Sicher ist das nicht. Einem intellektuellen, in der Gestaltung seiner Arbeitszeit relativ freien Genossen aus

einer grossen Stadtsektion fällt es nämlich sicher leichter, zu einem verlängerten Polit-Weekend nach Lugano zu fahren, als einem einfachen Arbeitnehmer, der am Freitag noch arbeiten sollte, und für den die Reise umständlicher und das Parteitagsthema weniger attraktiv ist.

2. Verbindendes und Trennendes

Wer den Programmentwurf und das Minderheitspapier liest, findet zu vielen wesentlichen Punkten übereinstimmende Aussagen. Beide Papiere drücken beispielsweise tiefe Besorgnis über die existentiellen Bedrohungen aus, die vom internationalen Wettrüsten, von der zunehmenden Belastung der Umwelt und dem sich verschärfenden Nord-Süd-Gefälle ausgehen. Einigkeit besteht auch in den wesentlichen wirtschaftspolitischen Zielaussagen, nämlich darüber, dass wir Sozialdemokraten eine Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung anstreben müssen, die jedem Menschen in allen wesentlichen Lebensbereichen, also insbesondere auch am Arbeitsplatz, mehr Selbstentfaltungsmöglichkeiten und mehr Mitverantwortung einräumt. Fremdbestimmung und Abhängigkeit von nicht durchschaubaren und nicht beeinflussbaren Entscheidungsmechanismen sind durch systematische, offene Information, Bildung, Mitbestimmungsmöglichkeiten und Mitbeteiligung an Erfolgen und Misserfolgen abzubauen. Dies ist zwangsläufig mit einer sukzessiven Auflösung des Interessengegensatzes zwischen Arbeit und Kapital verbunden und führt damit zum Bruch mit dem traditionellen Kapitalismus.

Auch in zahlreichen andern Aussagen kommen sich die beiden Papiere recht nahe. In den grundsätzlichen Zielen und Analysen überwiegt das Verbin-

dende und Gemeinsame das Trennende eindeutig. Hier ist zweifellos eine gemeinsame Plattform vorhanden, auf der sich alle Strömungen in unserer Partei finden könnten, und vor der aus mit etwas Toleranz ein gemeinsames Vorwärtsschreiten und Ankämpfen gegen rechtsbürgerliche politische Strömungen möglich sein sollte. Neben Gemeinsamem gibt es allerdings auch entscheidende Punkte, in denen sich der Programmentwurf und das Minderheitspapier, und insbesondere die jeweils dahinter stehenden Strömungen, erheblich unterscheiden. Dies ist meines Erachtens vor allem in dreierlei Hinsicht der Fall: im Stellenwert, der dem Prinzip «Selbstverwaltung» eingeräumt wird (3. Kapitel), in der Einstellung zu den Entscheidungsmechanismen und Institutionen unseres Rechtsstaates (4. Kapitel) und — last but not least — in den Vorstellungen darüber, wie unsere Partei bei der Revision ihres Programms vorgehen soll (5. Kapitel).

3. «Selbstverwaltung» — Weg zum Gegenteil des Gewollten?

Das Minderheitspapier misst dem Prinzip «Selbstverwaltung» eine absolut vorrangige, zentrale Bedeutung zu. Dies ist verständlich, denn wo sonst als in einer selbstverwalteten Gemeinschaft (Betrieb, Quartier, Gemeinde, Wohnhaus etc.) lässt sich unser Ziel, dem einzelnen Menschen mehr Selbstentfaltungsmöglichkeiten und Mitverantwortung zu ermöglichen, besser und vollständiger verwirklichen. Dennoch muss man realistischerweise eingestehen, dass «Selbstverwaltung» bisher, trotz der vielen hundert Seiten, die allein in unserer Partei darüber geschrieben worden sind, nicht mehr als ein recht diffuser Begriff für etwas Gutes ist; für etwas, mit dem sich alle

Probleme lösen lassen; ja mit dem sie gar nicht erst entstehen können. Wie schwierig es selbst für engagierte Intellektuelle ist, diesen Begriff in etwas allgemeinverständliches und praktisch Realisierbares umzusetzen, zeigt sich beispielsweise daran, dass das jetzt vorliegende Minderheitspapier in dieser Hinsicht keine deutlicheren Aussagen enthält als das «Dossier Programmwurf» aus dem Jahre 1981, obwohl die damaligen Autoren, die jetzt für das Minderheitspapier eintreten, inzwischen Gelegenheit zu einem mehr als einjährigen Denkprozess hatten. Wenn irgendwo etwas Konkretes zur Selbstverwaltung ausgesagt wird, dann bezieht es sich stets auf kleinbetriebliche, überschaubare Verhältnisse. Wie aber kann Selbstverwaltung in komplexen, international vernetzten Unternehmungen, in Grossbetrieben, funktionieren? Skeptische Fragen dieser Art müssen überzeugend beantwortet werden können, bevor wir den Arbeitnehmern zumuten können, dass ihre Partei «Selbstverwaltung» als Hauptpostulat auf ihre Fahnen schreibt.

Aber auch in einer kleinbetrieblich strukturierten Volkswirtschaft, wo das Prinzip Selbstverwaltung noch leicht einzu-leuchten scheint, dürften sich recht bald kaum überwindbare Grenzen und krasse Fehlentwicklungen zeigen. Ich will dies im folgenden an einer vereinfachenden Modellüberlegung zeigen.

Solange völlige Autarkie nicht möglich ist, müssen auch in einer selbstverwalteten Wirtschaft Branchen und Betriebe aus strukturellen Gründen wachsen und andere schrumpfen können, d.h. muss ein Stellenwechsel aus einem schrumpfenden Betrieb in eine aufstrebende Unternehmung relativ leicht möglich sein. In einer

«kapitalistischen Wirtschaft» (auch in einer, in denen das Eigenkapital der Unternehmungen den Arbeitnehmern gehört), sorgt der Wettbewerb zwischen den Arbeitgebern weitgehend automatisch dafür, dass strukturell unumgängliche Stellenwechsel stattfinden. Ein im strukturellen Aufwind liegender Betrieb wird nämlich angesichts seiner Gewinnerwartungen von sich aus neue Arbeitsplätze schaffen und Arbeitnehmer durch relativ attraktive Angebote aus weniger erfolgreichen oder gar schrumpfenden Betrieben herauslocken. Aufgabe der Wirtschaftspolitik ist es, dafür zu sorgen, dass in genügendem Ausmasse immer wieder derartige strukturell vorteilhafte Arbeitsplätze und Betriebe entstehen können, damit sich Arbeitslosigkeit vermeiden lässt. Ein selbstverwalteter Betrieb mit überdurchschnittlichen Erfolgsaussichten wird unter sonst gleichen Voraussetzungen bei der Schaffung neuer Arbeitsplätze jedoch wesentlich zurückhaltender sein als ein kapitalistischer. Ihm geht es ja — im Gegensatz zum kapitalistischen Betrieb — nicht um die Erzielung eines möglichst grossen Gesamtunternehmensertrags, sondern um die Maximierung des Gewinns pro selbstverwaltendem Mitarbeiter. Ein selbstverwalteter Betrieb wird daher stärker als ein kapitalistischer dazu neigen, «klein aber fein» zu bleiben und seine Produktion und Arbeitsplatzzahl nicht so auszudehnen, wie es im Interesse eines möglichst reibungslosen Strukturwandels und zur Vermeidung von Arbeitslosigkeit nötig wäre. Zu einer derartigen Expansion der Arbeitsplatzzahl könnten sich die Selbstverwalter wohl nur dann durchringen, wenn sie die Möglichkeit hätten, «billige» Arbeitskräfte einzustellen, die sie nicht in den privilegierten

Kreis der Selbstverwalter aufnehmen müssten. Dies wäre natürlich eine krasse Fehlentwicklung des Selbstverwaltungsgedankens.

Aber auch selbstverwaltete Betriebe mit ungünstigen Zukunftsaussichten dürften wesentlich mehr Mühe haben, sich den Erfordernissen des Strukturwandels anzupassen. Aus naheliegenden und verständlichen Gründen wird eine selbstverwaltete Unternehmung nämlich grössere Schwierigkeiten haben als eine kapitalistische, ihre Produktion und ihre Arbeitsplatzzahl so zu reduzieren, wie es den veränderten volkswirtschaftlichen Bedingungen entspräche und zum Überleben des Betriebs unter Umständen auch nötig wäre. Selbstverwalter kann man ja nicht entlassen, selbst dann nicht, wenn anderswo attraktivere Arbeitsplätze vorhanden wären. Ein selbstverwalteter Betrieb wird daher auch bei schlechten Zukunftsaussichten dazu neigen, durch Preiskonzessionen und Inkaufnahme niedriger Einkommen alles zu unternehmen, um die vorhandenen Arbeitsplätze und Produktionskapazitäten zu erhalten. Dieses aus der Situation eines selbstverwalteten Betriebs heraus verständliche Verhalten wird schliesslich in vielen Fällen fast zwangsläufig zur vollständigen Pleite — und damit zum totalen Verlust der Arbeitsplätze führen. Da die so frei gesetzten Mitarbeiter von den strukturell begünstigten Betrieben wahrscheinlich nur sehr zurückhaltend aufgenommen würden (vgl. oben), ist in einer selbstverwalteten Volkswirtschaft mit einer ausgeprägten Tendenz zu chronischer Arbeitslosigkeit und Entwicklungsschwäche zu rechnen. Dem könnte nur — wenn überhaupt — mit einem äusserst interventionistischen Planungs- und Steuerungsinstrumentarium entgegengewirkt

werden. Der damit verbundene Zentralismus und Bürokratismus stünde jedoch wiederum in krassem Gegensatz zum Selbstverwaltungsideal.

Aufgrund der obigen Überlegungen, die sich ergänzen und teilweise mit praktischen Erfahrungen belegen liessen, wage ich die Behauptung, dass man mit einer verabsolutierten Selbstverwaltung wahrscheinlich genau das Gegenteil von dem erreichte, was deren Anhänger heute wollen. Mehr Arbeitslosigkeit, ausgeprägtere Einkommensungleichheiten auf einem allgemein tieferen Wohlstandsniveau, weniger für Umweltschutz, soziale Zwecke und anderes einsetzbare öffentliche Mittel und eine die Freiheit des Einzelnen einengende zentralistische Planungsbürokratie wären fast unweigerlich die Folge. Mit diesem harten Urteil will ich die grosse Bedeutung, die dem Selbstverwaltungsprinzip als Utopie und Idealvorstellung zukommt, nicht herabmindern. Ich möchte vielmehr zeigen, dass man gerade dann nicht allein auf die Karte «Selbstverwaltung» setzen darf, wenn man den heute in diesem Begriff zusammengefassten Anliegen, Hoffnungen und Erwartungen der Menschen wirklich Rechnung tragen will. Der Programmwurf stellt daher die Selbstverwaltung als Ideal zwar ebenfalls klar in den Vordergrund, er sieht darin aber nicht ein alleinseligmachendes Prinzip, sondern erwähnt daneben noch zahlreiche andere Massnahmen und Strategien (vor allem Mitbestimmung, Genossenschaften) und lässt auch durchblicken, dass auch das kapitalistische System verschiedene Ansatzpunkte bietet, die in den letzten Jahren vielleicht etwas in Vergessenheit geraten sind (z.B. Kontrolle der Betriebe über Eigenkapitalbeteiligung). Diese Massnahmen sind teilweise Alternativen, teilweise aber

auch Vorstufen zur Selbstverwaltung. Der Programmwurf berücksichtigt auch, dass der heutige Arbeitnehmer — vor allem in der Schweiz — nicht nur zu gewinnen, sondern auch viel zu verlieren hat, und dass daher nur Strategien erfolgreich sein können, die vom Bestehenden ausgehen und darauf aufbauen.

4. Ein klares Ja zum Rechtsstaat und seinen Institutionen

Der Programmwurf steht bei aller Skepsis und Kritik klar auf dem Boden unseres schweizerischen Rechtsstaates und seiner demokratischen Institutionen. Er bejaht die Regierungsbeteiligung und anerkennt, dass Veränderungen auf dem Weg über demokratische Mehrheiten erkämpft werden müssen. Das Minderheitspapier beruht demgegenüber auf einer fundamental anderen Grundvorstellung und Optik:

● Das Minderheitspapier ist von einem konsequent pessimistischen, rabenschwarzen Grundtenor geprägt. Das Bestehende und Erreichte wird fast durchwegs negativ beurteilt; irgendwelche Weiterentwicklung- und Verbesserungsmöglichkeiten gibt es daher vor lauter Krisenanzeichen nicht. Es dominiert eine Schwarzmalerei, die uns niemand abnimmt, und die auch keine Basis für eine zukunftsgerichtete Politik sein kann.

● Aus dieser Grundhaltung heraus plädiert das Minderheitspapier — konsequenterweise — für Vorgehensweisen, die den Grundsätzen und Institutionen unseres Rechtsstaates widersprechen. Oder was anderes soll beispielsweise ein Satz heissen wie «Lösen wir uns aus der Umklammerung der bürgerlichen Gesellschaft und ihrer Institutionen und setzen wir uns daran, die sozialistische Alter-

native zum Kapitalismus zu verwirklichen.»?

Ein Parteiprogramm im Sinne des Minderheitspapiers würde unsere Partei daher dazu zwingen, irgendwie auf einen revolutionären Umsturz hinzuarbeiten. Dazu fehlt uns nicht nur die Kraft, sondern auch der Anlass. Bei aller Sympathie für den Selbstverwaltungsgedanken und seine engagierten Anhänger müssen wir uns daher eindeutig und kompromisslos von dieser Grundtendenz des Minderheitspapiers distanzieren. Wir müssen dem Programmwurf mit allfälligen Änderungen in Lugano zum Erfolg verhelfen und damit Klarheit darüber schaffen, wie unsere Partei zu unserem Staat steht.

5. Lugano — so oder so nur eine Etappe

Obwohl der Interlakener Parteitag von 1981 verlangt hat, dass innert Jahresfrist ein Programmwurf ausgearbeitet werden müsse und ein solcher nun auch vorliegt, postuliert die Minderheit eine Verlängerung und Ausdehnung der Programm Vorbereitungsarbeiten. Sie weist dabei auf einige Mängel des Entwurfs hin (die sich über Sektionsanträge beheben liessen) und versucht uns einzureden, eine Annahme des Programmwurfs bedeute Abbruch der Diskussion. Dies sei, so wird uns suggeriert, die Absicht der Parteileitung, die nur an die eidgenössischen Wahlen von 1983 denke. Diese Behauptung ist völlig verfehlt, und wird auch dadurch nicht wahrer, dass sie Eingang in süffige Schlagzeilen wie «Lugano — Ziel oder Etappe?» gefunden hat.

In Wirklichkeit ist das Einzige, was schon jetzt über das Ergebnis des Parteitags klar ausgesagt werden kann das, dass die Diskussionen um die programmatischen und ideellen Grundlagen

unserer Partei danach weiter gehen und vertieft werden müssen. Lugano wird daher — wer auch immer dort die Mehrheit haben wird — auf jeden Fall nur eine Etappe sein. Die Frage ist einzig, ob dieses Suchen weiterhin in einem Klima der Verunsicherung und Verwirrung stattfinden muss, oder ob es gelingt, durch Annahme des Programmentwurfs in den wesentlichsten Grundsätzen klare Voraussetzungen zu schaffen. Diese Klarheit würde unsere Partei nicht nur eine sinnvolle Ausrichtung und Strukturierung der weiteren Diskussion ermöglichen, sondern hätte zweifellos auch eine positive Wirkung nach Aussen. Die Programmdiskussion wird ausserhalb unserer Partei nämlich mindestens ebenso aufmerksam verfolgt wie innerhalb. Unser Image — und damit unsere Chancen bei der Mitglieder- und Wählerwerbung (es ist meines Erachtens legitim, auch einmal daran zu denken!) — hängt daher wesentlich davon ab, ob es uns in Lugano gelingt, uns wieder zu etwas Geschlossenheit und Einheit zusammenzuraufen. Dies ist durch Annahme des Programmentwurfs möglich. Ob siegen jedoch die Minderheitsanträge, so dauern die doch allzu sehr im Rampenlicht stehenden Programmdiskussionen unter Umständen noch Jahre lang an und binden damit Kräfte, auf die wir dringend angewiesen sind, um uns mit den Fragen befassen zu können, die unsere Mitglieder und Wähler wirklich bewegen, und auf die wir eine Antwort haben müssen, wenn wir wollen, dass uns unsere Anhänger und Gegner noch ernst nehmen.

Gegen zündende Parolen

«In unserer Zeit kann ein Programm der SPS gar keine zündende Wirkung auslösen», schreibt der Aargauer Alt-Oberrichter Fritz Baumann in seiner im Selbstverlag erschienenen Broschüre «Sozialdemokratie der Schweiz, wohin des Weges?» (Druck und Auslieferung: Druckereigenossenschaft Aarau, Kosten: Fr. 3.-)

Fritz Baumann, Jahrgang 1894, hat der SPS während rund 45 Jahren als aktives Mitglied angehört, diese dann aber müde und verbittert verlassen. Seine Broschüre zur SPS-Programmrevision beweist aber, dass er damit seine sozialistische Gesinnung nicht aufgegeben hat.

Fritz Baumann plädiert entschieden für ein unpräntiöses und lauterer Parteiprogramm, das nicht mehr vorgibt, als möglich ist und das sich an den fassbaren Erfahrungen und Tatsachen orientiert. Jede schaumschlägerische Rabulistik lehnt er ab.

Natürlich muss sich Fritz Baumann in diesem Zusammenhang eingehend mit dem Begriff «Selbstverwaltung» auseinandersetzen. Ihm spricht er die Tauglichkeit ab, im Zentrum eines sozialdemokratischen Parteiprogrammes zu stehen: Soweit Selbstverwaltung realisierbar ist, ist dies durchaus schon heute möglich; soweit mit ihr ideale Zustände verheissen werden, setzt sie einen Menschen voraus, unter welchem letztlich jede Gesellschaftsform dem Idealen nahe käme.

Fritz Baumann weist auf verschiedene Schwachstellen des postulierten Selbstverwaltungs-begriffes hin (u.a. Notwendigkeit zentraler Rahmenpläne, Gefahr von Gruppenegoismen).

Diese Schwachstellen liegen bereits im Ansatzpunkt des Konzeptes und lassen sich daher auch durch eine Verlängerung der Programmdiskussion höchstens vernebeln, nicht aber weginterpretieren.

Fritz Baumann hat seine Broschüre vor dem nunmehr publizierten «Programmentwurf 1982» vorgelegt. In diesem nimmt die Selbstverwaltung bekanntlich nicht mehr eine absolut zentrale Position ein, auch wenn sie — den Interlakener Beschlüssen zufolge — als zentrales demokratisches Prinzip deklariert wird.

Das Wesentliche am nunmehr vorliegenden Entwurf ist in dieser Beziehung aber gerade diese Relativierung des Selbstverwaltungs-begriffes. Diese Zurückstufung ist sicher ein Akt der Lauterkeit und des Realitätssinnes. Ein Parteiprogramm soll beflügelnd und verheissend wirken; vor blendenden Parolen ist jedoch zu warnen. Was uns für Lugano nunmehr vorgelegt wird, lässt notwendigerweise vieles offen. Kaum jemand wird hier seine Idealvorstellungen verwirklicht finden. Doch ist es nicht bereits einen Akt der notwendigen Realisierung von Programmen, wenn man bereit ist, von absolut gesetzten Idealvorstellungen abzugehen?

Urs Engler